

München, 25.01.2020

**MORATORIUM für 5G-Mobilfunkstrahlung sowie
SOFORTIGE SCHUTZSTANDARDS und BARRIEREFREIHEIT für
mobilfunkbezogen umweltassoziiert erkrankte Menschen per GESETZ**

**Offener Brief vom 28.09.2020 an die Minister für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit;
Gesundheit; Arbeit und Soziales; Verkehr und digitale Infrastruktur / Erinnerung und Nachtrag
vom 07.01.2021:**

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete
des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe,
des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz,
des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit,
des Ausschusses für Gesundheit,
des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend,
des Ausschusses für Arbeit und Soziales,
des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur,
des Ausschusses Digitale Agenda,
des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung,
des Ausschusses für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen,

wir hatten am 28.09.2020 und erneut mit Erinnerung am 07.01.2020 an die obigen Minister eine äußerst dringliche Aufforderung im Wege eines Offenen Briefes versandt, ein **MORATORIUM für 5G-Mobilfunkstrahlung zu beschließen sowie SOFORTIGE SCHUTZSTANDARDS und BARRIEREFREIHEIT für mobilfunkbezogen umweltassoziiert erkrankte Menschen per GESETZESBESCHLUSS einzuführen.**

In diesem Brief weisen wir umweltassoziiert Erkrankte, die an Chemikaliensensibilität und Funksensibilität leiden, unterstützt von einer ganzen Reihe von Betroffenengruppen und Einzelpersonen, die entsprechenden Minister:innen auf unsere Bedürfnisse bzgl. der Barrieren und der Teilhabehindernisse hin, in die uns die politischen Beschlüsse gestürzt haben.

Leider haben wir bisher keinerlei Antwort von den Ministerien erhalten.

Stattdessen geht die Digitalisierungs-Propaganda ungehindert weiter. Jetzt wird sogar, wie wir aus der Presse entnehmen können, eine Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft unter dem Dach des Verkehrsministeriums gegründet, die nach neuen Standorten für Mobilfunkmasten in bislang „unversorgten Gegenden“ suchen und „das vom Bund aufgesetzte, mit 1,1 Milliarden Euro dotierte Mobilfunkförderprogramm betreuen“ soll (SZ vom 11.12.2020).

Kein Funkloch soll es mehr geben, und das überall. Dies ist ein Frontalangriff für die Betroffenen, die genau das Gegenteil benötigen, nämlich unbelastete Zonen, ganz besonders in ihren grundrechtlich geschützten privaten Räumen!

Außerordentlich negativ und mit keinem Grundrecht vereinbar wie das der Unverletzlichkeit der Wohnung und das der körperlichen Unversehrtheit, sind die zwangsweise Installation von sogenannten „intelligenten“ Zählern wie Smartmeter für Wasser, Strom, Heizungen usw..

Bei uns brennt es! Es gibt viele Menschen, die es in ihren eigenen Wänden kaum mehr aushalten, weil sie von Funkmasten oder nachbarlichen Mobilfunksendeanlagen bestrahlt werden, so dass sie an **chronischen, z.T. heftigen Krankheitssymptomen** leiden, die diese Menschen **nachhaltig traumatisieren und tief verzweifelt zurücklassen.**

Dieses **Menschenrechtsanliegen umweltassoziiert multisystemisch Erkrankter** betrifft nach unserer Einschätzung annähernd die Hälfte der Ressorts und Bundestagsausschüsse.

Der Bundestag hat die **UN-Behindertenrechtskonvention** unterzeichnet. Diese beinhaltet auch **Barrierefreiheit für chronisch Kranke**. Dazu zählen zweifelsohne auch durch **Umwelteinflüsse Behinderte** (z.B. chronisch Kranke durch gepulste Mobilfunk-Strahlenbelastung, oft in Folge anderer umweltassoziiierter Erkrankungen wie MCS). Somit ein Thema für all ihre Ausschüsse.

In unserem Falle geht es um umweltassoziierte Erkrankungen im Allgemeinen, ganz besonders aber um die **Multiple Chemikaliensensitivität** (MCS, ICD 10 T 78.4.) sowie um die mit MCS in 30% der Fälle verbandelte **Elektrohypersensitivität** (EMS, ICD 10 Z 58), aber auch z.B. um das **Chronische Erschöpfungssyndrom** (ME/CFS, ICD 10 G 93.3.). Literaturhinweise entnehmen Sie bitte dem Offenen Brief. Die Elektrohypersensitivität, die sehr häufig als Folge und on top zu MCS oder ME/CFS auftritt, hat noch größere Teilhabe-Barrieren zur Folge, als die schon sehr einschneidende MCS- oder die ME/CFS-Erkrankung.

Andere Länder wie Australien und Kanada haben die medizinische Versorgung für Umweltkranke verbessert, z.B. durch **Leitlinien der jeweiligen Menschenrechtskommissionen**, aber auch europäische Länder wie Luxemburg, Schweden, fallen durch diverse Schutzprojekte und Teilhabehilfen auf. In Schweden wird elektrohypersensitiven Menschen besonders geholfen.

Wir schließen uns ausdrücklich dem Offenen Brief des „Bündnisses Verantwortungsvoller Mobilfunk in Deutschland“ an die Ministerien BMVI, BMU, an die Behörde BfS, an die SSK, und an die Presse, zu „Deutschland spricht über 5G“ vom 18. Januar 2021 an (**17 Forderungen von 170 Initiativen**, siehe Anhang).

Nachdrücklich erinnern wir Sie an Ihre Pflicht, bei den von Ihnen zu verantwortenden industriepolitischen Maßnahmen auch die Interessen der potentiellen Verlierer:innen zu berücksichtigen.

Da Sie unsere derzeit demokratisch gewählten Repräsentanten sind, fordern wir Sie auf, schnellstmöglich parlamentarisch tätig zu werden und die Umsetzung der im Offenen Brief vom 28.09.2020 geforderten gesetzlichen Maßnahmen und Schutzstandards zu beraten und in geeignete Gesetze zu gießen.

Im Interesse aller Betroffenen fordern wir ihre Antwort innerhalb von vier Wochen, spätestens bis zum 22.02.2021. Gerne sind wir bereit, Hilfestellung für die Umsetzung der Maßnahmen zu geben. Es eilt!

Wir bitten um Beachtung der Unterstützerliste des Offenen Briefes im Erinnerungs-Brief/Nachtrag vom 07.01.2020.

Mit freundlichen Grüßen

Klaus Schuhmacher für den Vorstand des WEISSE ZONE RHÖN e.V.

Thomas Kleber für den Vorstand des Vereins für Elektrosensible und Mobilfunkgeschädigte e.V.

Weisse Zone Rhöne e.V. (1. Vorsitzender Klaus Schuhmacher, Am Joßberg 11, 36142 Tann, tel. 06682-917737, sowie Helga Werner: www.weisse-zone-rhoen.de). Anliegen des Vereins ist die Erhaltung und Schaffung gesunden Lebensraums für elektrosensible Menschen.

Verein für Elektrosensible und Mobilfunkgeschädigte e.V.:

Vereinszweck ist vorrangig Unterstützung der Selbst-Hilfe für elektrohyperempfindliche, meist auch chemikaliensensible und/oder umweltassoziiert multiystemisch erkrankte Menschen. Wir fordern vom Staat die Schaffung von völlig funkfremen Zonen im Umfeld unserer Wohnungen und Häuser, sowie barrierefreie Zonen in jeder Stadt und jeder Gemeinde in Deutschland, damit wir und unsere Nachkommen eine Chance zu einem gesunden barrierefreien Leben haben. Wir fordern Teilhabehilfen für die volle Re-Integration in die Gesellschaft, volle sozialrechtliche Unterstützung (aufgrund der richtigen umweltmedizinischen Diagnose) und die völlige Beendigung der institutionellen Psychiatrisierung und Diskriminierung!

Anhang:

- Offener Brief vom 28.09.2020 an die Minister für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit; Gesundheit; Arbeit und Soziales; Verkehr und digitale Infrastruktur
- Erinnerung und Nachtrag vom 07.01.2021 zum Offenen Brief vom 28.09.2020
- Offener Brief des „Bündnisses Verantwortungsvoller Mobilfunk in Deutschland“ an die Ministerien BMVI, BMU, an die Behörde BfS, an die SSK, und an die Presse, zu „Deutschland spricht über 5G“ vom 18. Januar 2021: <https://bvmde.org/>